

Abschließende Beratung:

**Kindertagesstätten zu Familienzentren
weiterentwickeln!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2809 -
Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 16/3271



Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Als Nächster hat sich Herr Brammer für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Brammer.

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unsere Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Auch bei diesem Antrag handelt es sich wieder einmal um eine Erinnerung in Richtung der Regierungsfractionen von FDP und CDU, endlich zu handeln.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bereits im April 2005 hatte sich die SPD-Landtagsfraktion mit diesem Thema beschäftigt:

„Die SPD-Abgeordneten aus Niedersachsen spüren neuen Wegen der Vorschulförderung nach“ -
so in der *HAZ* in Hannover.

Im Mai 2005 hat der Kollege Jüttner erklärt:

„Der frühkindliche Bereich muss gestärkt werden. Dort fallen die Entscheidungen über Schul- und Berufschancen.“

(Astrid Vockert [CDU]: Spät, aber er hat es begriffen!)

- Auf das „spät“ komme ich gleich noch, Frau Vockert.

Er sagte weiter: „In Deutschland gibt es einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Bildungsweg.“

Wir stellen fest: Daran hat sich bis heute nichts geändert.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bei uns entscheidet nach wie vor die Geldbörse der Eltern über die Zukunft der Kinder.

Das ist ein unerträglicher Zustand!

(Zustimmung bei der SPD)

Deutschland ist im europäischen Vergleich im Bereich frühkindliche Bildung von anderen Staaten zwischenzeitlich weit abgeschlagen. Niedersachsen ist Schlusslicht.

In jeder Debatte, die wir darüber führen, kommt von der rechten Seite des Hauses inhaltlich nicht viel. Sie nutzen Ihre Redezeit regelmäßig, um immer erst einmal darauf hinzuweisen, was Sie alles im Bereich der frühkindlichen Bildung gemacht haben. Dabei scheuen Sie sich nicht, die Fördermaßnahmen des Bundes mit den bescheidenen Landesmitteln zusammenzurechnen und dann als Leistung dieser Landesregierung zu verkaufen. Herr Försterling hat uns gerade ein Beispiel geliefert, als er von den 43 % gesprochen hat. Dazu ist festzustellen: Bevor Sie auf 100 % kommen, die verteilt werden, ziehen Sie 25 % Elternbeitrag ab. Die sind da nicht darin. Darauf weise ich noch einmal hin.

(Björn Försterling [FDP]: Das ist doch nicht richtig! Gucken Sie sich die Vereinbarung doch einmal an!)

Frau Vockert erklärt uns jedes Mal, dass diese Landesregierung das nifbe geschaffen hat, um u. a. über Projektbetreuung zu neuen Erkenntnissen in der frühkindlichen Bildung zu kommen.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Recht hat sie!)

Diese Erkenntnisse sollen dann zu entsprechenden Impulsen in der Politik für frühkindliche Bildung führen. Es bleibt dann allerdings die Frage: Nehmen Sie diese Impulse auch wirklich ernst?

Ich möchte - das hat Frau Staudte eben auch schon getan - auf einen dieser Impulse hinweisen. Für Montag dieser Woche hatte das nifbe zu einer Tagung mit dem Thema

„Von der Kita zum Familienzentrum“

eingeladen. Das ist genau das Thema, das wir hier gerade behandeln. Anwesend waren über 300 Fachkräfte aus Einrichtungen in ganz Niedersachsen. Wir haben uns mit vier SPD-Abgeordneten die Vorträge zu diesem Thema angehört. In den Grußworten kam zum Ausdruck, dass man mit Freude das Interesse von niedersächsischen Landtagsabgeordneten zur Kenntnis genommen hat. Sehr deutlich wurde aber auch der Wunsch danach, dass dieses Thema jetzt auch politisch angesprochen wird, zumal es heute auf der Tagesordnung steht. Auch das hat Frau Staudte eben schon erwähnt.

Meine Damen und Herren von FDP und CDU, das nifbe ist Ihnen beim Thema Familienzentrum in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Hannover weit voraus.

(Zustimmung bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das nifbe haben wir eingerichtet, da wussten Sie noch gar nicht, dass es so etwas gab!)

- Herr Klare, Sie können sich gleich zu einer Kurzintervention melden. - Wenn Sie es mit dem nifbe wirklich ernst meinen, Herr Klare, dann lassen Sie uns heute den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen von der Tagesordnung nehmen und an den Ausschuss zurücküberweisen verbunden mit dem Auftrag, dass wir uns im Ausschuss einmal ernsthaft damit befassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das wäre auch ein Stück Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung. Ansonsten brauchen Sie zukünftig nicht mehr zu versuchen, uns die Schaffung des nifbe als Errungenschaft zu verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Oder ist das nifbe vielleicht dazu da, mit Veranstaltungen wie der am Montag das Thema über die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Fläche zu tragen, damit dann die Kommunen vor Ort unter Druck geraten, z. B. Familienzentren auf eigene Kosten und ohne Landesbeteiligung einrichten zu müssen? Mit anderen Worten:

Hier wird dann wieder einmal Konnexität elegant ausgehebelt. Meine Damen und Herren, das sind dann bei den Kommunen freiwillige Leistungen. Die sind überhaupt nicht abgesichert. Sie können im Zweifelsfall von der jeweiligen Kommunalaufsicht kassiert werden.

(Zustimmung von Frauke Heiligenstadt [SPD])

Das bedeutet, nur reiche Kommunen könnten sich diese Familienzentren leisten. Die ärmeren Kommunen, die es unter Umständen bitter nötig haben, gehen dann wieder einmal leer aus.

(Beifall bei der SPD)

Manchmal haben gerade diese Kommunen Familienzentren nötig.

Im vorliegenden Antrag geht es auch um die Ausweitung von Stunden und damit um vernünftige Arbeitsbedingungen. Es kann nicht angehen, dass die Arbeit in Familienzentren, wie auch schon die Aufgaben aus dem Orientierungsplan, ohne zusätzliche Stunden zu leisten sind. Das geht dann wieder einmal auf die Knochen der Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen und damit letztendlich zulasten der Familien.

(Zustimmung bei der SPD)

Hier steht das Land in der Verantwortung. Ich fordere Sie noch einmal auf: Geben Sie diesen Antrag zurück in den Ausschuss! Sonst verlieren Sie hier Ihre Glaubwürdigkeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung
bei den GRÜNEN)